

Souveränes Bewusstsein als Voraussetzung der Weiterentwicklung

Am Scheideweg. Österreich befindet sich zurzeit in einer politischen Situation, die die Frage aufwirft, inwieweit eine selbstbestimmte Weiterentwicklung des politischen Systems überhaupt möglich ist.

Als Teil der Europäischen Union und als Teilnehmer an der internationalen Marktwirtschaft verengt sich für die österreichische Politik das Spektrum an politischen Handlungsmöglichkeiten unter dem Leitbegriff der „Alternativlosigkeit“, auch wenn die Demokratie weiterhin den höchsten Wert darstellt. Die Demokratie wird bei uns nicht nur als funktionierende Gesellschaftsordnung angesehen, sondern auch als höchste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung moralisch aufgeladen. Daher soll sie anderen Kulturen mit missionarischem Eifer aufgedrängt werden, obwohl deren innere Strukturen und traditionellen Formen des Zusammenlebens eine Eins-zu-eins-Übertragung nicht erlauben. Welche Mittel dabei angewendet werden, kann man in den jüngsten weltpolitischen Ereignissen von Nordafrika bis Osteuropa beobachten. Die Verfechter der westlichen Werte möchten den

Menschen in diesen Weltregionen (zumindest vorgeblich) die Möglichkeit geben, ihre politische Zukunft selbst demokratisch zu entscheiden, ohne daran von autoritären Machthabern oder regionalen Großmächten gehindert zu werden.

Demokratie in Österreich

Doch wie sieht es mit dem Handlungsspielraum der Bürger Europas, speziell Österreichs, aus? Werden die Selbstbestimmung und der Pluralismus ermöglicht, oder handelt es sich tatsächlich nur um Lippenbekenntnisse, die im alltäglichen, gesellschaftlichen Leben keine Bedeutung mehr haben und somit nur mehr in politischen Sonntagsreden eine Rolle spielen?

Spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs scheinen alle großen, richtungsweisenden Entscheidungen bereits getroffen zu sein. „Nationale Sonderwege“ der ver-

schiedenen Mitgliedsstaaten werden „nicht gern gesehen“, wie sich an mehreren aktuellen Beispielen zeigt. Den Abweichlern wird politisch sowie wirtschaftlich im Namen der europäischen Einheit die Rute ins Fenster gestellt, völlig unabhängig von dem Rückhalt in der eigenen Bevölkerung und der demokratischen Legitimation des politischen Kurses.

EU-Sanktionen und Ukraine-Krise

Österreich bekam diesen Mechanismus bekannterweise im „Wendejahr“ 2000 zu spüren. Unabhängig davon, wie man zu der damaligen Regierung steht, zeigte sich, welche Wertigkeit die Souveränität der Staaten und der Bevölkerung für die verantwortlichen Akteure in der Union besitzt. Wichtiger als der Wille des Volkes ist auch heute die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Programme, wobei das Ziel ein Europa ist, das am globalen Markt eine wettbewerbsfähige und auf der weltpolitischen Bühne eine gewichtige Einheit darstellt. – Vor allem letztere Vorstellung erwies sich zuletzt im aktuellen Konflikt in der Ukraine als realitätsfernes Lippenbekenntnis. Anstatt einer eigenständigen EU-Außenpolitik, die die Positionen der europäischen Staaten und ihrer Bevölkerungen vertritt, konnten wir beobachten, wie Europa fast widerstandlos die Rolle eines auch gegen die eigenen Interessen handelnden Vasallen einnahm. Profunde Stimmen, die sich für die Wahrung einer selbstständigen



europäischen Politik aussprechen, wurden in eigentümlichem Gleichklang von den Medien dafür zurechtgewiesen.

Mediale Verwässerung statt Weiterentwicklung

Die Rolle der Medien darf generell nicht unterschätzt werden. Diese sind die treibende Kraft hinter der „Entpolitisierung der Politik“. Indem wenig relevante Tatbestände übermäßig aufgeblasen werden, können die entscheidenden Prozesse weitgehend unbemerkt und ohne Widerstände im Hintergrund ablaufen.

Während wir Diskussionen zu den Themen „Zentralismus versus Föderalismus“, „Bund versus Länder“ und „Links versus Rechts“ führen, entwickelt sich im Schatten der vielen Scheinprobleme ein System, welches diese Fragen letztendlich obsolet werden lässt. Der einheimische Journalismus legt sich durch eigene Inkompetenz und fehlende Courage eine rigide Selbstzensur auf, die das Niveau der politischen Diskussion auf die Ebene von Klatschkolumnen bringt. In Österreich liegt dies

auch an den zahlreichen Verflechtungen von Presse und Politik, die die zur möglichst objektiven Analyse notwendige Distanz unmöglich macht.

Die relevanten Entwicklungen, wie beispielsweise das im Schnellverfahren beschlossene Bankenrettungspaket, die wirklich einer öffentlichen Diskussion bedürfen würden, werden uns metaphorisch als Naturgewalten präsentiert. Sie sind Selbstverständlichkeiten, und jeder Widerspruch wird als Verstoß gegen die politische Vernunft denunziert. Diese Schaffung von „Selbstverständlichkeiten“ verengt nicht nur den öffentlichen Diskurs, sondern reduziert erst recht den Handlungsspielraum des Volkes und untergräbt somit die demokratische Souveränität. Denn es kann nicht über etwas entschieden werden, was nicht zur Debatte steht. Und es kann nichts zur Debatte stehen, was gar kein Thema ist.

Einheitsparteien in Österreich

Die Einengung des politischen Spielraums manifestiert sich auch

in der immer weiter fortschreitenden inhaltlichen Annäherung der Parteien, welche diese immer austauschbarer macht. Auch aus diesem Grund müssen die noch erhaltenen „feinen Unterschiede“ zwischen den Fraktionen in den Medien zu ausschlaggebenden Punkten stilisiert werden.

Die Probleme der Weiterentwicklung des politischen Systems in Österreich sind also nicht nur struktureller Natur, sondern betreffen vor allem den allgemeinen Bewusstseinsstand über relevante politische Prozesse. Das heißt, es wäre bereits eine maßgebliche Weiterentwicklung, wenn unser gegenwärtiges Gesellschaftssystem wieder auf seine fundamentalen und identitätsstiftenden Werte zurückgeführt wird und somit seinen eigenen Ansprüchen der Selbstbestimmung gerecht wird. Demokratische Willensbildung verlangt souveräne Staaten, souveräne Medien und souveräne Bürger.

Fabio Witzeling, BA. Der Autor ist Sozialforscher und verfasst zurzeit eine Masterarbeit zum Themenschwerpunkt „politische Soziologie“ an der Universität Wien.



Foto & Illustration: www.shutterstock.com